Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 79 (1985)
Heft: 11

Rubrik: Zeichen der Zeit

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Es sind verschiedene Ereignisse und Entwicklungen, die mich bewegen, diese «Zeichen der Zeit» zu schreiben: die gefährliche Erosion des Völkerrechts, wie sie durch die Gewaltpolitik der westlichen Supermacht betrieben wird; der Niedergang der europäischen Sozialdemokratie, der vor allem in Spanien, Frankreich und Portugal unaufhaltsam scheint; und in der Schweiz die zunehmende Fremdenfeindlichkeit, die im Aufstieg der «Vigilants» zur stärksten Partei des Kantons Genf geradezu schockartig ins öffentliche Bewusstsein trat.

Gewiss, das sind alles keine ermutigenden Zeichen im Sinne der Guten Nachricht (Mt. 16,3). Ermutigen kann nur die Art und Weise, wie wir uns mit diesen Ereignissen und Entwicklungen auseinandersetzen, die revolutionäre Spiritualität, mit der wir ihnen entgegentreten. Das ist freilich nicht die Sache nur der «Neuen Wege», nicht die Sache nur unserer Vereinigungen. Aber es ist auch unsere gemeinsame Sache. Und darum bin ich dankbar, dass unsere Zeitschrift einer stetig wachsenden Zahl von Leserinnen und Lesern als Gesprächsforum dienen darf.

Im übrigen ist es nicht so, dass die guten Zeichen in den letzten Wochen ganz ausgeblieben wären. Der Friedensnobelpreis für die «Internationale Ärzte-Liga zur Verhinderung eines Atomkrieges» ist ein solches Zeichen, eines, das nicht weniger leuchtet als die Verleihung dieses Preises an Desmond Tutu im Vorjahr. Ein anderes Zeichen der Hoffnung entnehme ich einer Meldung des EPD (3. Oktober), der zufolge Leonardo Boff in Managua erklärt habe, dass «Gott in Nicaragua für die Armen kämpfe» und dass hier «unter Schmerzen die Saat für die neue Kirche gepflanzt» werde. In meiner Zuversicht bestärkt mich an dieser Meldung nicht nur, was Bruder Leonardo gesagt hat, sondern dass er mit seinem Wort auch das entwürdigende Bussschweigen des Vatikans gebrochen hat. Weitere Zeichen, über die wir uns freuen und für die wir danken dürfen, sind die zahlreichen Akte der Solidarität mit den chilenischen Flüchtlingen in der Zürcher Markuskirche oder auch der – den Behörden abgerungene – Auftritt des Dichters Dennis Brutus an der Südafrika-Demonstration vom 5. Oktober in Zürich: «ein kleiner symbolischer Sieg», wie Brutus sagte. Wir brauchen diese kleineren und grösseren Zeichen der Hoffnung im Kampf gegen die Entmutigung, die von jenen andern Ereignissen und Entwicklungen ausgehen könnte, die hier zu benennen und zu analysieren sind.

Die USA auf dem Weg zum internationalen Faustrecht

Von Reagan nichts Neues: In seiner abgründigen «Rambo»-Stimmung versucht er auch weiterhin, die Probleme der Weltpolitik mit Gewalt oder mit der Androhung von Gewalt zu lösen. Statt die Autorität der Völkergemeinschaft und des Völkerrechts zu stärken, gefällt er sich zunehmend selber in der Rolle des Weltpolizisten. Die Reagan-Administration, die innenpolitisch mit «law and order» regiert, verfällt in ihrer Aussenpolitik immer mehr dem Faustrecht. (Was in-

sofern kein Widerspruch ist, als beide Positionen das «Recht des Stärkeren» widerspiegeln, einmal das Recht desjenigen, der das staatliche Gesetz machen, das andere Mal das Recht desjenigen, der sich über die internationale Ordnung hinwegsetzen kann.)

Die Rolle des Weltpolizisten hat sich die US-Regierung erneut zugelegt, als sie am 11. Oktober ihre Abfangaktion gegen eine ägyptische Boeing-737 mit vier palästinensischen Terroristen und dem PLO-Vertreter Abu Abbas an Bord durchführte. Nicht dass internationale Gewalttäter ihrer Verurteilung zugeführt werden, ist hier zu beklagen; die Entführung des italienischen Vergnügungsdampfers «Achille Lauro» und vor allem die Ermordung eines behinderten Amerikaners durch das Palästinenserkommando müssen geahndet werden, wie auch der vorausgehende Angriff der israelischen Luftwaffe auf das PLO-Hauptquartier in Tunis mit fünfzig Toten nicht allein durch Worte zu verurteilen wäre (selbst wenn es sich dabei nur wieder um einen «Vergeltungsschlag» für die Tötung dreier israelischer Bürger auf Larnaka handelte – die Spirale der Gewalt liesse sich fast beliebig zurückverfolgen). Unannehmbar, weil ein Bruch der internationalen Ordnung, ist vielmehr der Handstreich gegen ein ägyptisches Flugzeug, das in offizieller Mission und mit dem Anspruch auf diplomatische Immunität unterwegs war. Hinzu kommt die völkerrechtswidrige Intervention im «befreundeten» Italien, als die vier Abfangjäger mit der Boeing der Egypt Air ohne Wissen oder gar Erlaubnis der Regierung Craxi auf dem Nato-Stützpunkt Sigonella landeten, ein 50 Mann starkes Elitekommando aus zwei Truppentransportern stürmte und in voller Kriegsausrüstung die dort stationierten italienischen Soldaten umstellte. Die US-Regierung führte sich so auf, als ob sie das Völkerrecht nichts anginge und das Mittelmeer der 6. Flotte gehörte.

Der Zweck der Bestrafung von Gewalttätern heiligt nicht jedes Mittel, jedenfalls keines, mit dem Völkerrecht verletzt würde. Es gibt nur ein Organ, das legitimiert und berufen wäre, derartige Polizeiaktionen durchzuführen: die UNO. Statt das Faustrecht zu feiern, das die Reagan-Regierung gegenüber palästinensischen Terroristen anwendet, täte die amerikanische Öffentlichkeit besser daran, sich über die Schwäche der UNO bei der Durchsetzung des Völkerrechts und über das Fehlen eines Weltstrafgerichtshofs zur Aburteilung internationaler Rechtsbrecher zu beklagen. Nur international anerkannte Organe wären in der Lage, gegen Terroristen vorzugehen: nicht nur gegen palästinensische, sondern gegen alle, die grenzüberschreitende Operationen durchführen, also auch gegen Reagans «Freiheitskämpfer» in Nicaragua.

Dass Reagan und seine Leute nicht zur Stärkung des Völkerrechts beitragen wollen, ist freilich konsequent. Denn ihre Aussenpolitik gerät mit dem Völkerrecht zwangsläufig in Konflikt. Die gegenwärtige US-Regierung geht aber noch einen Schritt weiter: Sie bricht nicht nur das Völkerrecht, sie sucht auch seine Autorität zu erschüttern. Es genügt den USA nicht, von Grenada bis Nicaragua das Gewaltverbot der UNO-Charta zu missachten; um nicht zu ihren Rechtsbrüchen stehen und sie vor der Weltöffentlichkeit verantworten zu müssen, lehnen die USA nun auch die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs für die Beurteilung ihrer Gewaltakte ab. Am 7. Oktober hat die Reagan-Administration gegenüber dem Generalsekretär der UNO die Erklärung abgegeben, dass die USA grundsätzlich nicht mehr bereit seien, die Zuständigkeit des Haager Gerichts in «politischen Fällen» anzuerkennen. Wann aber ein Fall «juristischer» und wann er «politischer» Natur ist, das entscheiden natürlich die USA. So schwächen sie das internationale Recht. So schwächen sie aber auch die Position

der mittleren und vor allem der kleineren Staaten, die sich international nur behaupten können, wenn das Völkerrecht noch etwas gilt. Und insofern betrifft Reagans «Wende» vom Völkerrecht zum Faustrecht nicht nur Nicaragua und andere Staaten der Dritten Welt, sondern auch die Schweiz. Doch davon ist im Berner Aussenministerium nichts zu hören. Ganz im Gegensatz zu «Afghanistan»...

Nicht nur das Völkerrecht, auch die Institutionen der Völkergemeinschaft werden von der gegenwärtigen US-Regierung nur solange respektiert, als sie von ihnen profitiert. Der Teilrückzug der USA aus dem Weltgerichtshof steht in der Kontinuität der 1977 erfolgten Suspendierung ihrer Mitgliedschaft in der Internationalen Arbeitsorganisation und des demonstrativen Austritts aus der UNESCO am 31. Dezember des Vorjahres. Ein weiterer Austritt aus der Welternährungsorganisation (FAO) könnte folgen. Und selbst gegenüber der UNO droht der US-Senat, die Beiträge zu kürzen, falls «die USA nicht vermehrt die Kontrolle darüber erhalten, wie die UNO ihr Geld ausgibt». Internationale Organe werden ganz oder teilweise sabotiert, wenn sie nicht tun, was die USA, ihr grösster Geldgeber, für richtig halten. Wer zahlt, befiehlt. Das ist die Lektion in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die ausgerechnet die westliche Supermacht den übrigen Staaten der Völkergemeinschaft erteilen möchte.

Ein Staat, der das Völkerrecht und die Institutionen der Völkergemeinschaft missachtet, ist gewiss nicht legitimiert, den Weltpolizisten zu spielen, Sanktionen gegenüber anderen Ländern zu verhängen und als deren moralischer Zuchtmeister aufzutreten. Welche Projektion leistet sich doch Mr. Reagan, wenn er in einer kürzlich gehaltenen Rede vor amerikanischen Rechtsanwälten Nicaragua und Kuba vorwirft, sie gehörten zu den «gesetzlosen Staaten, die von der merkwürdigsten Ansammlung von Schädlingen, Geisteskranken und dreckigen Kriminellen seit dem Dritten Reich regiert werden».

Europäische Sozialdemokratie: vom Versagen zum Niedergang

Vom «dreifachen Versagen der europäischen Sozialdemokratie» in der Friedensfrage, der Umweltfrage und der Machtfrage war im letzten Märzheft die Rede. Was damals gesagt wurde, lässt sich fortschreiben. Eine Umkehr ist jedenfalls nicht in Sicht, ausser vielleicht bei der SPD, die da und dort unter dem Druck der «Grünen» eine neue Wende zum Ökosozialismus und zum Nuklearpazifismus einleitet. Unfreiwilliger Kompromiss (wie im Hessen des Ministerpräsidenten Börner) oder echte Neuorientierung (wie im Saarland des Ministerpräsidenten Lafontaine), das ist die Frage, die durch die voraussichtliche Kür von Johannes Rau zum sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten alles andere als eindeutig beantwortet ist.

In Italien hat der «Sozialist» Bettino Craxi zwar einen guten Abgang erhalten, als seine Regierung über der Affäre um die «Achille Lauro» zu Fall kam. Craxi widersetzte sich dem Ansinnen der Reagan-Administration, den unter diplomatischer Immunität stehenden Abu Abbas an die USA auszuliefern. Nur tat er dies nicht aus Sorge um das Völkerrecht, sondern unter Berufung auf «die nationale Würde und die Souveränität des Landes» – auf Wertvorstellungen, die von denen eines Ronald Reagan nicht abweichen, aber die natürlich auch den Konflikt der Nationalismen auslösen können. Die beidseitige Empörung hat sich indessen rasch gelegt. Ein Brief an «Dear Bettino», unterzeichnet von «Ron» aus Washington, reichte aus, um Craxi wieder mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Wie sollten Reagan und das italienische Bürgertum auf ihren Craxi verzichten? «In der politischen Auseinandersetzung wagte Craxi die direkte Konfrontation mit der Kommuni-

stischen Partei, und zwar mit einer Härte, welche die christlichdemokratischen Vorgänger nie riskiert hatten. Craxi bewies, dass man ohne oder gegen die Kommunisten regieren kann. Der Test war die Korrektur der ‚gleitenden Lohnskala' (scala mobile). . .» Dieser Abgesang der NZZ (19./20. Oktober) auf den ersten Ministerpräsidenten der PSI erübrigt einen weiteren Kommentar.

In Spanien hat die Regierung González nichts Wichtigers zu tun, als für den Verbleib des Landes in der Nato zu kämpfen. Aussenminister Moran, ein erklärter Nato-Gegner, wurde am 4. Juli unter rüden Begleitumständen entlassen. Auch innenpolitisch bewegt sich nichts mehr, es sei denn nach rechts. Wie das «Amnesty Magazin» (Juli/August) glaubhaft dartut, wird in Spanien zehn Jahre nach Franco noch immer gefoltert. Der Ministerpräsident erklärt, die Unruhe auf der Strasse sei der gefährlichste Gegner einer linken Regierung. Er benötige daher eine funktionierende Polizei, welche die Situation im Griff habe. González scheint sich inzwischen mit dem rechtsaussen agierenden Oppositionsführer Manuel Fraga besser zu verstehen als mit seiner sozialistischen Basis. «Das intime Treffen zwischen González und Fraga vor einigen Wochen hat vielen zu denken gegeben» (NZZ, 17. Okober). Da entbehrt es schon nicht mehr der peinlichen Symbolik, wenn der sozialistische Ministerpräsident für seine Lustfahrten Francos Luxusjacht «Azor» benützt. «Die ‚Azor' hat einen neuen Passagier, ist aber auf dem gleichen Kurs wie vorher», spottet der Sozialist Pablo Castellano. Und die regierungsfreundliche Tageszeitung «El País» überschreibt dazu einen Leitartikel mit «Ein Symptom».

Ein Symptom ist auch, was sich am 10. Juli 1985 im Hafen von Auckland (Neuseeland) ereignet hat. Ein Bombenattentat auf die «Rainbow Warrior» forderte ein Menschenleben und stellte eine sozialistische Regierung bloss. Die gewaltfreie Aktion der Gruppe «Greenpeace», die Frankreichs Atomversuche auf dem Mururoa-Atoll behindern wollte, verleitete den französischen Geheimdienst zu dieser Kurzschlusshandlung. Verteidigungsminister Hernu musste über die Klinge springen. Mit seinem Rücktritt aber ist der Schlussstrich noch lange nicht gezogen. Zu verworren klingen die Ausflüchte auf die Frage nach den wahren Akteuren in diesem Schurkenstück, als dass die Hauptverantwortlichen nicht noch weiter oben gesucht werden müssten. Wenn nicht moralisch, so doch politisch zu überleben, ist das einzige Ziel des Staatschefs. Und dafür ist ihm fast jedes Mittel recht, auch der Einzug des «Front National» ins Parlament, wenn dadurch nur die bürgerliche Opposition der Gaullisten und der Giscardisten geschwächt wird. Zu keinem anderen Zweck hat Mitterrand die Proporzwahl eingeführt. Auch Frankreichs Sozialisten haben an ihrem letzten Parteitag vom 12./13. Oktober die Wendungen und Windungen des Staatspräsidenten von der antikapitalistischen «politique de rupture» zur «Sozialdemokratisierung» gehorsam nachvollzogen. Die Genossen waren wenigstens so ehrlich, auf das Absingen der «Internationalen» zu verzichten. Ein weiteres Symptom! «Das Schlimmste, was den Sozialisten bevorstehen könnte, wäre eine Rückkehr zum früheren Sesselopportunismus unter Guy Mollet», stand vor sieben Jahren in den «Zeichen der Zeit» (NW 1978, S. 126). Das Schlimmste ist nun eingetreten.

In Portugal haben die Sozialisten um Mario Soares am 6. Oktober die ebenso erwartete wie verdiente Wahlniederlage erlitten und die Hälfte der Stimmen und der Mandate eingebüsst. Nach der Unterwerfung unter das Diktat des Weltwährungsfonds gibt es in diesem Land zwar 600'000 Arbeitslose, aber keine soziale Politik, schon gar nicht eine sozialistische, wie sie in der portugiesischen Verfassung verbrieft wäre. In Griechenland dagegen konnte die Pasok am ersten

Junisonntag die absolute Mehrheit der Mandate behalten. Statt nun aber «das Werk des Wechsels zu vollenden», wie Ministerpräsident Andreas Papandreou im Wahlkampf versprochen hatte, verordnete er seinem Land am 19. Oktober ein drastisches Sparprogramm mit zweijährigem Lohnstopp. Die Arbeiterbewegung reagierte mit der grössten Protestkundgebung, seit Papandreou das Land regiert, und mit einem landesweiten Streik. Dass eine sozialistische Regierung das Volk belügen muss, um wiedergewählt zu werden, das ist in der Tat eine moralische Niederlage, die schwerer wiegt als der zeitweilige Verlust der Macht.

Am Ende seines Lebens hat Leonhard Ragaz in unserer Zeitschrift das prophetische Wort geschrieben: «Es muss sich ein neuer Sozialismus bilden, worin das Beste des demokratischen und des kommunistischen auf einer neuen Grundlage und in einer höheren Sphäre verbunden sein wird» (NW 1945, S. 387.) Heute wie damals sollten die verbliebenen Kräfte eines sozialistischen Aufbruchs in Westeuropa eine neue Allianz des Vertrauens eingehen: mit mehr Sozialismus auf der einen, der «sozialdemokratischen» Seite und mit mehr Demokratie auf der andern, der «kommunistischen» Seite, mit dem Willen zur Wiedervereinigung von Ökologie und Ökonomie und mit einer entschiedenen Friedenspolitik auf beiden Seiten. Die Zukunft liegt nicht in der Unterwerfung unter die Sachzwänge des Kapitalismus, sondern allein in «einer Erneuerung des Sozialismus aus seinem geistig-sittlichen Grundwesen», wie ein anderer Redaktor unserer Zeitschrift, Hugo Kramer, vorausgesagt hat (NW 1968, S. 255). Was diese Erneuerung für uns Christen und Sozialisten in der Schweiz heissen könnte, möchten die «Zeichen der Zeit» im nächsten Heft aus Anlass des 40. Todestages von Leonhard Ragaz aufzeigen.

Nach dem Schockresultat der Genfer Kantonsratswahlen

Wahlen gab es auch im Kanton Genf. Aus dem fremdenfeindlichen Sektierergrüppchen der «Vigilants» wurde am 13. Oktober die stärkste Partei. Sie erhielt 19 Prozent der Wählerstimmen und konnte ihre Mandate gleich verdreifachen. Auf der Strecke blieben die SP und die PdA. Aber auch die bürgerliche «Entente genevoise» aus Liberalen, FDP und CVP verlor zum erstenmal seit 1933 die absolute Mehrheit. Ich lasse dahingestellt, ob dieses Resultat mit einem «Sonderfall Genf» zu tun hat, d.h. mit der Tatsache, dass in der Rhonestadt der Ausländeranteil einen Drittel der Wohnbevölkerung ausmacht. (Die soeben bekannt gewordenen Resultate von den Gemeindewahlen in der Waadt scheinen immerhin einen gesamtschweizerischen Trend zu bestätigen.) Entscheidend ist vielmehr, welche Schlüsse die schweizerische Politik aus diesem Schockresultat zieht.

Als «Warnsignal für die politische Brisanz der Asylpolitik» wertet die NZZ (16. Oktober) den Ausgang der Genfer Wahlen. Teile des Freisinns, der diesem «Weltblatt» nahesteht, beeilen sich in der Tat, den fremdenfeindlichen Parteien das Wasser dadurch abzugraben, dass sie die fremdenfeindliche Politik gleich selber machen. Die FDP des Kantons Basel Stadt fordert in Inseraten dazu auf, «zum Schutze unserer Bevölkerung» die Asylbewerber «in regionalen, straff geleiteten Auffanglagern» unterzubringen. Nationalrat Lüchinger will mit einer Motion die Rechte der Asylbewerber weiter einschränken. Die Motion Bonny möchte die Landesgrenzen abschotten, damit «eindeutig unechte Flüchtlinge» gar nicht mehr einreisen könnten. Die «Echtheitsprüfung» bliebe dann den Grenzbeamten überlassen. Und Bundesrätin Kopp begründet die Wegweisung der chilenischen Flüchtlinge in der Zürcher Markuskirche mit «einer Zeit, da es schwierig geworden ist, Asylpolitik zu

betreiben». Dass es noch schwieriger wird, dafür sorgt die Revision des Asylgesetzes, die das Departement Kopp vorschlägt.

Diesen Anfängen müssen wir wehren. Es darf nicht so weit kommen, dass eine fremdenfeindliche Grundstimmung in Gestalt und unter Missbrauch des Rechtsstaates sich durchsetzen kann. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, dass die Fremdenfeindlichkeit ihre Wurzeln nicht bei den «Fremden» hat, sondern bei uns selbst. Die zunehmende Unwirtlichkeit einer Stadt wie Genf hat mehr mit kapitalistischer Fehlentwicklung als mit «Überfremdung» zu tun. Dass ausländische Spekulanten ungehindert Wohnungen und Villen, ja bald die ganze Innenstadt aufkaufen können, ist doch nur möglich, weil uns ein Bodenrecht fehlt, das sich an den Grundbedürfnissen der Menschen statt an der Rentenmaximierung orientiert. An der Wohnungsnot und der Verbetonierung der Städte ist nicht das «Fremde» und «Unschweizerische» schuld, gegen das die «Überfremdungsparteien» irrationale Ängste mobilisieren, sondern das eigene und leider sehr «schweizerische» System, das gewiss nicht dadurch besser wird, dass es noch weiter nach rechts abgleitet.

Auch der Fremdarbeiter darf nicht zum Sündenbock eines Systems gemacht werden, das entgegen dem sozialethischen Vorrang der Arbeit vor dem Kapital den Vorrang des Kapitals vor der Arbeit behauptet, dem Kapital die Alleinbestimmung über die Wirtschaft zuweist und ihm die Arbeit unterordnet. Dass es Fremdarbeiter gibt, ist die Folge eines Wirtschaftssystems, das die Arbeit zwingt, dem Kapital nachzuziehen, statt dass umgekehrt «das Kapital die Arbeit suchen» müsste (wie es z.B. Johannes XXIII. in der Friedensenzyklika «Pacem in terris», Nr. 102, nahelegte). Wenn (legale oder illegale) Fluchtmilliarden aus dem Ausland in die Schweiz fliessen, dann werden sie der Wirtschaft ihrer Herkunftsländer entzogen, dann werden auch die Menschen dieser Länder um ihr Recht auf Arbeit geprellt, dann müssen sie Arbeit in der Fremde suchen, Fremdarbeiter werden.

Ähnlich verhält es sich mit den Flüchtlingen, die den Terrorregimes zur Sicherung kapitalistischer Interessen in der Dritten Welt entronnen sind, den Chileninnen und Chilenen zum Beispiel, die Bundesrätin Kopp wieder aus der Schweiz ausschaffen, und das heisst im Ergebnis: an Pinochets Militärdiktatur ausliefern will. Als ob nicht gerade die Schweiz an diesen Flüchtlingen einiges wiedergutzumachen hätte! Ist die Schweiz nicht mitschuldig geworden an den chilenischen Zuständen, die das Flüchtlingselend hervorbringen, vor dem sie nun die Augen verschliesst? Haben nicht weite Teile unseres politischen Bürgertums 1973 den Sturz der demokratisch gewählten Regierung Allende begrüsst? Hat sich nicht unser Bundesrat an vorderster Front um die «Konsolidierung der chilenischen Schulden» bemüht? Und wird Chiles Armee nicht heute noch mit Mowag-Fahrzeugen und SIG-Sturmgewehren ausgerüstet (über Lizenzen, die es erlauben, das Kriegsmaterialgesetz zu umgehen)? An diese Mitschuld sind sie zu erinnern: die Verantwortlichen in Staat, Wirtschaft und Kirche, wenn sie glauben, der wachsenden Fremdenfeindlichkeit nachgeben zu müssen.

In seiner Vernehmlassung zur zweiten Asylgesetzrevision schreibt der Christliche Friedensdienst: «Die Flüchtlingswelle aus der Dritten Welt muss im Zusammenhang gesehen werden mit dem Teufelskreis von wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Unterdrückung, der durch die Wirtschaftspolitik der Industrienationen und der internationalen Wirtschaftsorganisationen wie IWF und Weltbank aufrechterhalten wird.» Ob es gelingt, diese Erkenntnis in praktische Politik umzusetzen, ist für eine humane Schweiz zur Überlebensfrage geworden.

Wenn man bös will, kann man, wie es in der Kursunterlage geschieht, folgern, hier, wo nicht mehr getrennt werde zwischen Glaube und Politik, zwischen Himmel und Erde, sondern die engste Verbindung gesucht würde, breche die offensichtlich unvermeidbare Unterscheidung einfach anderswo auf, nämlich zwischen uns und Judas. Und tatsächlich darf man aus Judas nicht eine Projektionsfigur für alles Böse machen. Vom Mittelalter bis zum Dritten Reich hat man Juden und andere Abweichler zu Judassen gemacht und damit ihre Verfolgung ideologisch ermöglicht.

Allein, das trifft die nicaraguanischen Christen von heute nicht. Sondern es ist eine Ungeheuerlichkeit, eine Parallelität dieser Art zu konstruieren zwischen dem immer noch nicht genug bedachten Versagen der Christen gegenüber der Nazidiktatur und den christlichen Erfahrungen in der Revolution Nicaraguas. Der Verfasser der Kursunterlage mag einwenden, dass er ja nur den Schweizer Pfarrer angreife. Aber das Beispiel macht keinen Sinn, wenn es um die stilistische Entgleisung eines Pfarrer geht, sondern nur, wenn insinuiert wird, damit deute sich bei diesen Christen eine Fehlentwicklung an.

Der Verfasser der Kursunterlage beschränkt seine Nachforschungen auf den Katalog des Verlages für kirchliche Kunst. Er hätte ja im «Evangelium der Bauern von Solentiname» nachsehen können, wie sie dort von Judas sprechen. Im zweiten Band auf Seite 325 und vor allem auf Seite 366f. findet sich etwas dazu. Es wird darauf verwiesen, dass man Judas nicht moralisch verstehen soll (Judas war geldgierig), sondern politisch: Judas gefiel die Art von Königreich, die Jesus brachte, absolut nicht, deshalb wechselte er zur Gegenseite über. Ähnlich äussern sich die meisten neueren Ausleger.

Mir ist dazu eine Episode eingefallen, die William Agudelo im ersten Band erzählt (S. 241). Sie reden dort über die Bergpredigt, über das Hinhalten der andern Wange. Sie verstehen das als Appell an das Gute im Menschen, das im Innern selbst des schlechtesten Menschen wohnt. In diesem Sinn hätten auch ein paar Junge von Solentiname das Gespräch gesucht mit dem für ihr Gebiet zuständigen Polizisten. Er hatte die Gruppe mehrmals als Kommunisten angeschwärzt bei den vorgesetzten Stellen. «Jetzt arbeitet er nicht mehr auf diesem Posten und ist fast unser Freund. Und man sah, dass er im Grund kein böser Mensch war.»

Man kann auch an den Innenminister Tomas Borge erinnern, von dem man erzählt, er habe unter den gefangenen Nationalgardisten seinen früheren Folterer erkannt. Er war selbst lange gefangen und wurde über 500 Stunden lang gefoltert. Er trat auf den Nationalgardisten zu und sagte: «Das ist deine Strafe, dass ich dir vergebe» (Junge Kirche, Bremen, 1/1980, S. 24; 12/1981, S. 582).

Der Kurs ist besser als diese Entgleisung

Es ist rätselhaft und schmerzlich, dass diese Verunglimpfung an einem so unvermuteten Ort auftauchen kann. Ich will betonen, dass diese Entgleisung, so wie ich den Kurs kenne, keineswegs typisch ist. Im Gegenteil verdient der Kurs hier kurz vorgestellt zu werden. Er hat vor mehr als einem Jahr in Zürich und im Januar in Basel angefangen. Für mehrere Regionen in der deutschen Schweiz wird er geplant. Allfällig interessierte Leser seien herzlich ermuntert, sich zu beteiligen.

In Europa hat das theologische Gespräch die gefährliche Neigung sich zu verengen zu einer Diskussion von Fachexperten. Das Ziel des Kurses besteht darin, dieses Gespräch wieder auszuweiten und andere Kreise daran zu beteiligen. Natürlich handelt es sich zunächst stark um blosse Wissensvermittlung. Und vermittelt wird so etwas wie eine Normaltheologie, an die dann auch noch Fragen zu richten wären. Immerhin ist sie zum gegenwärtig immer lauter sich äussernden Fundamentalismus ein brauchbares Gegengift. Aber das Beste am Kurs besteht darin, dass doch nicht nur Stoff vermittelt, sondern die Gesprächsfähigkeit von Kursteilnehmern und Leitern geübt wird. Und das ist in unseren Verhältnissen doch etwas, was man mit Solentiname vergleichen darf. Denn das Bewegendste bei den Gesprächen in Solentiname ist diese Fähigkeit von vielen, zu sprechen und zu hören. Da ist nicht einer, der's weiss, und hiesse er Cardenal, sondern die Erkenntnis wächst gemeinsam. Am Ende einer Besprechung sagt Cardenal einmal (Band 2, S. 54): «Jetzt habe ich diesen Vers klar verstanden.» Jetzt, nach dem Gespräch mit der ganzen Gruppe.

Hans-Adam Ritter

hingaben. Beide hatten eine Christusbeziehung zum einfachen, geplagten, beraubten Volk. Howard Eugster baute in seinem Kanton Appenzell Ausserrhoden eine Gewerkschaftsbewegung auf und wurde an die Spitze des Schweizerischen Textilarbeiterverbandes berufen. Er war sozialdemokratischer Abgeordneter im Nationalrat und diente seinem Heimatkanton bis zu seinem Lebensende als Regierungsrat. Alles in Gemeinschaft mit Blumhardt und in einer Bezogenheit auf ihn, wie es sich nur im Bereich der Wirkungen des Reiches Gottes begibt. Ein ununterbrochener Briefwechsel und andauernde Besuche in Bad Boll schafften eine Zeugnis- und Arbeitsgemeinschaft im höchsten Sinn. Beide nahmen Partei und waren doch erhaben über alles Parteiwesen, über alles, was herunterziehen wollte ins Unmenschliche. Statt dessen gingen von ihnen Gerechtigkeit und Friede und Freude aus in dem Geist des Christus, der der Welt Heiland ist.

Arthur Rich versucht in einer theologischen Einführung zum Nachdenken über diesen formal manchmal so bescheiden daherkommenden Briefwechsel anzuregen und einige kritische Anfragen zu klären. Der Herausgeber Louis Specker äussert sich im Nachwort «Zum Lebenswerk des ‚Weberpfarrers' Howard Eugster-Züst». Er hat sich schon als kompetent in der Herausgabe einer Eugsterbiographie erwiesen. Was im Umkreis der «Anmerkungen» erarbeitet worden ist, gibt diesem Buch zusätzlich eine hohe Bedeutung.

Albert Böhler

Noch erhältliche Schriften von und über Leonhard Ragaz

Die nachstehenden Schriften können bestellt werden bei: Neue religiös-soziale Vereinigung, Gartenhofstrasse 7, 8004 Zürich. Da die jetzige Betreuerin der Schriften nicht an der Gartenhofstrasse wohnt, bitten wir Sie, nur schriftliche Bestellungen zu machen.

Leonhard Ragaz:	Fr.
Weltreich, Religion und Gottesherrschaft, 1. und 2. Band, je	3.–
Der Kampf um das Reich Gottes in Blumhardt Vater und Sohn und weiter	3.–
Dein Reich komme, Predigten 1. und 2. Band, je	3.–
Die Bibel – eine Deutung	
3. Band: Die Geschichte Israels	2.–
4. Band: Die Propheten	2.–
5. Band: Jesus	2.–
6. Band: Die Apostel	2.–
7. Band: Johannes	2.–
Mein Weg, Autobiographie, 1. Band	10.–
Zuflucht zu Gott, gottesdienstliche Gebete	3.–
Die Gleichnisse Jesu	9.80
Die Bergpredigt Jesu	9.80
Die Zehn Gebote	1.20
Sollen und können wir die Bibel lesen und wie?	1.30
Das Glaubensbekenntnis	–.60
Reformation nach vorwärts oder nach rückwärts?	–.50
Theosophie oder Reich Gottes?	–.50
Die Erneuerung der Schweiz	–-50
Das Reich Gottes in der Bibel	1.–
Sozialismus und Gewalt	–.50
Vom Hüttenbauen zum Helfen	–.30
Die neue Gemeinde	–.30
Der grössere Christus	–.30
Der Paraklet	–.30
Die Toten und wir	–.50
Von der Bedeutung Masaryks	–.10
Die Geschichte der Sache Christi	15.–
Leonhard Ragaz in seinen Briefen,	
1. Band	29.50
2. Band	85.–
Bibliographie, bearbeitet von R. Lejeune	3.10
L. Ragaz/M. Frischknecht: Gottesdienst und Parteidienst	–.60
Hans Ulrich Jäger: Ethik und Eschatologie bei Leonhard Ragaz	38.–
R. Lejeune: Leonhard Ragaz	2.–
M. Mattmüller Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus	
1. Band	19.10
2. Band	58.–
Der religiöse Sozialismus einst und jetzt	–.20
Clara Ragaz: Gedenkschrift	1.50
P. Schmid-Ammann: Die Natur im religiösen Denken von Leonhard Ragaz	8.80

Corrigendum

Im Novemberheft wurden die Seiten 338 und 339 in der Druckerei versehentlich vertauscht. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser um Entschuldigung.

Red.

Abonnementerneuerung

Ausnahmsweise erhalten die Leserinnen und Leser unserer Zeitschrift die Rechnung für das Abonnement 1986 erst im Januar.

Administration